

Geschäftsstelle EVP BE
Postfach 294
3000 Bern 7
Tel. 031 352 60 61
Mail: info@evp-be.ch

Kommission Parlamentsrechtsrevision
Herr Peter Bernasconi, Präsident
Ratssekretariat
Postgasse 68
3000 Bern 8

per E-Mail an:
info.gr@sta.be.ch

Bern, 15. August 2012

Vernehmlassung über die Totalrevision des Gesetzes über den Grossen Rat und der Geschäftsordnung des Grossen Rats (GRG/GO); Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrter Herr Bernasconi,
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Evangelische Volkspartei (EVP) des Kantons Bern dankt Ihnen für die Möglichkeit, am Vernehmlassungsverfahren zur Totalrevision des Gesetzes über den Grossen Rat und der Geschäftsordnung des Grossen Rats (GRG/GO) teilnehmen zu dürfen.

Die EVP ist wie die vorberatende Kommission der Meinung, dass mit der vorliegenden Totalrevision die Effizienz des Ratsbetriebs verbessert sowie gleichzeitig das Parlament gegenüber der Regierung und Verwaltung gestärkt wird. Für die EVP ist es von zentraler Bedeutung, dass die Mitwirkungs- und Einflussmöglichkeiten des Grossen Rates gerade in den Bereichen Planung, Finanzen und Aussenbeziehungen ausgebaut werden.

Mit der Schaffung von ständigen Fachbereichskommissionen wird das Fachwissen der Ratsmitglieder besser gebündelt, was nicht nur eine effizientere Ratsarbeit ermöglicht, sondern die Grundlage dafür schafft, dass die Kommissionen jeweils auf Augenhöhe mit der Regierung und der Verwaltung diskutieren können.

Die EVP begrüsst schliesslich, dass das Ratssekretariat in finanzieller und organisatorischer Hinsicht in Zukunft unabhängig von der Regierung und Verwaltung ausgestaltet wird, und wie dies bereits heute der Fall ist, nur dem Parlament und seinen Organen verantwortlich ist. Dies trägt ebenfalls zur Stärkung des Grossen Rates bei.

Die EVP beantragt die folgenden Änderungen:

Sitzverteilung in den Kommissionen

Die EVP regt an, dass der Verteilschlüssel für die Sitzverteilung in den Kommissionen derart auszugestaltet ist, dass auch kleinere Fraktionen sowohl in den wichtigen Kommissionen FIKO, OAK und JUKO und nach Möglichkeit auch in den Fachbereichskommissionen einen garantierten Sitz erhalten. Dies schafft die Voraussetzung, dass bereits in der Kommissionsarbeit ein möglichst grosses Meinungsspektrum einfließen kann und sich zudem die kleinen Fraktionen, die nötige Kompetenz in der parlamentarischen Meinungsbildung erarbeiten können.

Mitgliedschaft in Fachbereichskommissionen

Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass die Fraktionen für ihre Mitglieder in einer Fachbereichskommission Stellvertreterinnen oder Stellvertreter bestimmen können. Gerade bei kleineren Fraktionen kann es vorkommen, dass das einzige Kommissionsmitglied verhindert ist.

Deputationsabstimmung

Die EVP begrüsst, dass die Deputationsabstimmung als wichtiges Instrument zur Wahrung der Rechte der französischsprachigen Minderheit auch im neuen Parlamentsrecht als Grundprinzip festgeschrieben ist. Die Deputationsabstimmung sollte jedoch mit Bedacht eingesetzt werden und nur dann als Instrument zur Anwendung kommen, wenn die Meinung der Deputation keine Mehrheit auf sich vereinigen kann.

Die EVP lehnt deshalb die Bestimmung in Art. 55 der Geschäftsordnung des Grossen Rats ab, wonach bereits drei Mitglieder der Deputation eine Deputationsabstimmung verlangen können. Sie regt an, den betreffenden Artikel dahingehend zu ändern, dass jeweils nur die Mehrheit der anwesenden Deputationsmitglieder eine gesonderte Auszählung der Stimmen fordern kann (siehe Motion Blanchard, 156-2012).

Zuweisung der Verpflichtungs- und Zusatzkredite (GO-Entwurf Art. 38 Abs. 3 und 42 Abs. 2)

Die EVP erachtet es als sinnvoll, dass die Vorberatung der Verpflichtungs- und Zusatzkredite, welche im Voranschlag eingestellt sind, jeweils an die zuständigen Sachbereichskommissionen zugewiesen werden. Dies führt dazu, dass die betreffende Kommission selber abwägen muss, was innerhalb des Budgets Platz hat und wo allenfalls Kompensationen und Verschiebungen möglich sind. Für einen solchen Entscheid ist in erster Linie Fachkompetenz erforderlich.

Hingegen ist aus Sicht der EVP die Vorberatung aller Verpflichtungs- und Zusatzkredite, welche nicht im Voranschlag eingestellt sind, der Finanzkommission (FIKO) zuzuweisen. Da es sich in diesem Fall um eine Erweiterung des Budgets handelt, ist eine budgetäre Gesamtsicht gefragt, welche am besten von der FIKO wahrgenommen wird.

Entschädigungen

Die EVP erachtet die vorgesehene Erhöhung der Entschädigungen für die Mitglieder des Grossen Rates in der gegenwärtig angespannten Finanzlage des Kantons als problematisch. Es besteht die Gefahr, dass wegen dieser emotionsgeladenen Frage die gesamte Parlamentsreform in einer allfälligen Referendumsabstimmung scheitern könnte. Die EVP empfiehlt deshalb, auf die vorgeschlagenen Erhöhungen sowie Neuerungen (Entschädigungen für Mahlzeiten und der Infrastrukturkosten) vorerst zu verzichten. Sollten jedoch die vorberatende Kommission und das Parlament die Anpassungen trotzdem beschliessen, so schlagen wir die folgenden Änderungen vor:

1. Auf eine Erhöhung der Jahrespauschale soll verzichtet, dafür aber die Sitzungsgelder nach oben angepasst werden. Denn mit höheren Sitzungsgeldern wird die Präsenz im Rat eher gefördert als mit höheren Jahrespauschalen.
2. Wenn neben Reisespesen neu auch Entschädigungen für die Mahlzeiten und für die Infrastrukturkosten ausbezahlt werden, ist es nicht nachvollziehbar, weshalb die Sitzungsgelder weiterhin bloss zu 25% und nicht mit dem vollen Betrag besteuert werden sollen. Die Grossratsmitglieder sind mit den übrigen Steuerzahlenden gleichzustellen und sollen nicht in den Genuss von Steuerprivilegien kommen.
3. Für diejenigen Ratsmitglieder, die es wünschen, soll die Möglichkeit geschaffen werden, Geld für die berufliche Vorsorge einzuzahlen. Ratsmitglieder sehen sich aufgrund der grossen zeitlichen Beanspruchung durch die politische Tätigkeit oft gezwungen, ihre beruflichen Pensen zu reduzieren und erleiden dadurch Einbussen in der beruflichen Vorsorge.

Für die Aufnahme unserer Hinweise und Überlegungen danken wir Ihnen im Voraus bestens.

Mit freundlichen Grüssen



Christine Schnegg
Präsidentin EVP-Grossratsfraktion



Philippe Messerli
Co-Geschäftsführer EVP Kanton Bern